

An Berufsschulen fehlen Lehrer

Wegen eines Erlasses sollen in Lohne nur noch 75 Prozent des Unterrichts möglich sein

Die Schulleiter der Handelslehranstalten und der Adolph-Kolping-Schule beklagen die Streichung von Stellen.

VON MATTHIAS NIEHUES

Hannover/Lohne. Ernst Escher von den Handelslehranstalten und Hubert Bertke von der Adolph-Kolping-Schule beklagen eine Benachteiligung gegenüber den allgemeinbildenden Schulen. Die beiden Lohner Schulleiter haben damit zu kämpfen, dass im Sommer vergangenen Jahres per Erlass die Handhabung der Stellen geändert wurde. Landesweit sind in den Berufsschulen dadurch 321 Lehrstellen weggefallen. Die Schüler würden dadurch effektiv nur noch rund 75 Prozent des vorgesehenen Unterrichts erhalten,



Leiter Adolph-Kolping-Schule: Hubert Bertke



Leiter Handelslehranstalten: Ernst Escher

beklagen die beiden. Dies sei gegenüber den allgemeinbildenden Schulen eine deutliche Benachteiligung, die sich auf die Ausbildungsqualität negativ auswirken würde.

Bis zum Sommer letzten Jahres wurde das Projekt Regionale Kompetenzzentren auch in Lohne erfolgreich gelebt. Die Schulen konnten im Rahmen ihres Budgets Stellen selbst verwalten und auch kurzfristig bedarfsgerecht befristet besetzen. Dadurch sei es zwischen den beiden Schulen in Lohne auch zu

einer positiven und erfolgreichen Zusammenarbeit gekommen. Lehrer wurden gegenseitig nach Bedarf entliehen. Das politisch beschlossene Projekt sei durch den Erlass am 30. Juli letzten Jahres plötzlich und unvorhersehbar gekippt worden, beklagen die Schulleiter.

Das kritisiert auch die Niedersächsische Direktorinnen- und Direktoren-Vereinigung der Berufsbildenden Schulen e.V. (NDVB). „Der Erlass des Kultusministeriums zur Stellenbewirtschaftung der berufsbildenden

Schulen schränkt die selbstständige Bewirtschaftung der Stellen an den berufsbildenden Schulen unangemessen ein“, heißt es in einer Resolution.

Die NDVB zeigte sich schon im Herbst verärgert und fordert seitdem die sofortige Rücknahme der Entscheidung von der Landesregierung. Die Leistungsfähigkeit beruflicher Schulen, die für die Qualität der Berufsausbildung große Bedeutung habe, sei gefährdet. Dieser Meinung sind auch die beiden Schulleiter in Lohne. Sie beklagen Unterrichtsausfall, weil Stellen nur noch mit bürokratischem Aufwand besetzt werden können. Der Schulausschuss des Landkreises Vechta beauftragte am Donnerstag die Kreisverwaltung mit der Vorbereitung einer Protestresolution gegen die Lehrerkürzungen an den Berufsschulen. ► SEITE 24

Seite 24

Selbstverwaltung soll mehr Effizienz bringen

Leiter der Berufsbildenden Schulen beklagen Unterrichtsausfall wegen

Hannover/Landkreis Vechta (mni). Zwei Lohner Schulleiter, die bisher erfolgreich zusammenarbeiteten, können die Entscheidung nicht verstehen. Ernst Escher von den Handelslehranstalten und Hubert Bertke von der Adolph-Kolping-Schule konnten bis zum Sommer 2014 mit Lehrerstunden sich im Bedarfsfall gegenseitig aushelfen – zum Wohle der Schüler, wie beide betonten. Bis dahin sei die Selbstverwaltung von Stellen und Material politisch beschlossene Sache gewesen. „Das wurde plötzlich und ohne Vorankündigung per Erlass am 30. Juli abgeschafft“, sagt Escher. Auf diese Weise seien landesweit 321 Lehrstellen an Berufsschulen abgeschafft worden.

Seitdem werde vor allem die Zusammenarbeit der beiden Schulen erschwert. „Bis dahin konnten wir im Rahmen unseres Budget beispielsweise einen Lehrer für ein paar Stunden an der anderen Schulen unterrichten lassen und haben so spontan ausgeholfen“, sagt Bertke. Jetzt sei dies nur noch mit viel Bürokratie möglich. Jetzt müsse ein solcher Lehrer beispielsweise mit einer Viertelstelle A13 auf dem Verwaltungswege abgeordnet werden. „Damit ist die Stelle aber hier weg“, beklagt Bertke den Vorgang. Bewahren könne er sich die Planstelle nur, wenn er zugleich eine Sondereinstellungsermächtigung 0,25 A13 beantrage. „Ich muss also eine neue Lehrstelle anfor-

dern, obwohl ich sie zehn Minuten vorher noch hatte“, sagt er. „Früher hatten wir verlässliche Stellenpläne, mit denen wir arbeiten konnten, heute ist jede freie Stelle sofort weg“, beklagt er. Des-

Gegenüber Gymnasien werden gleiche Rahmenbedingungen gefordert

halb wünsche man sich die Rückkehr zum alten System. „Wir konnten damit Einstellungen selbst vornehmen und verantwortungsvoll handeln“, sagt Escher. Auch befristete Arbeitsverhältnisse seien so möglich gewesen. „Wir wollen als Berufsbildende Schulen in der Region

bestmögliche Qualifizierung für die Fachkräfte, die wir hier dringend brauchen“, sagt Bertke. Dies sei nur möglich, wenn auch eine entsprechende Unterrichtsversorgung gewährleistet sei. Rein rechnerisch würden die beiden Schulen zwischen 81 und 87 Prozent liegen. Davon müsse man aber Krankheitsfälle, Fortbildung und Förderunterricht abziehen. So sollen durchschnittlich nur 75 Prozent Unterrichtsversorgung bei den Schülern ankommen. „Die Gymnasien haben eine rechnerische Unterrichtsversorgung von 102 Prozent“, sagt Escher. „Auch wir haben Abiturklassen. Dann fordern wir zumindest die gleichen Rahmenbedingungen ein.“